

## Die Rolle der Staatsfonds: Wider den neuen Drang zum Protektionismus

*Dr. Otto Graf Lambsdorff  
Bundesminister a. D.*

„Ich gehe sogar noch weiter und meine, dass jede Art von Beteiligungskapital – gleichgültig ob aus privater oder staatlicher Quelle – willkommen sein sollte, solange das Engagement vom Streben nach einer möglichst hohen am Markt erzielbaren Rendite gelenkt ist und sich die ausländischen Financiers an deutsches Recht und Gesetz halten.“

Das beherrschende Thema der letzten Wochen in Politik und Medien ist – neben der Wiederentdeckung des Sozialen – die Diskussion um die Staatsfonds. Geld fremder Regierungen also, die in weiten Bereichen der deutschen Wirtschaft einerseits bereits zum Alltag gehören, andererseits aber Furcht und Schrecken im Volk verbreiten wie im Mittelalter die Apokalyptischen Reiter. Das Unglück, das sie bringen, heißt nicht mehr geographische Verwüstung und physisches Siechtum, sondern Unterwanderung von Schlüsselindustrien mit der Gefahr der nationalen Abhängigkeit von fremdem Staatskapital.

Der Kommentare gegen diese Plage sind viele. Allen ist jedoch gemeinsam, dass sie Stimmung machen, auf Kosten und unter Ausschaltung jeder wirtschaftlichen Vernunft. Nationales Geld erscheint gut, Geld anderer Nationen hingegen böse zu sein; verbinden sich doch anscheinend üble Zwecke mit dem Einkauf oder gar der Übernahme deutscher Unternehmen.

Sie werden schon bemerkt haben, dass ich diese Ängste nicht teile. Ich werde im Folgenden erläutern, warum das so ist. Erstens muss das so sein, wenn man sich für eine Ehrung bedankt, die den Namen *Ludwig Erhards* trägt. Und zweitens muss das so sein, wenn man die Fahne der freien Marktwirtschaft hochhält. Ich werde zeigen, warum es falsch ist, pauschal Beschränkungen für ausländische Investoren in Deutschland einzuführen. Ausländische Direktinvestitionen sind vielmehr notwendig und hochwillkommen.

### *Die aktuelle politische Situation*

Woher kommt der neue Hang zum Protektionismus? Offenbar empfinden Politiker und Bürger ein Ohnmachtsgefühl gegenüber der Globalisierung. Wirtschaftliche Abläufe vollziehen sich auf globaler Ebene, die Politik kann nur noch reagieren, möchte aber Einfluss nehmen und den gegenüber den Bürgern auch populistisch verkaufen.

Durch die Politik gesteuerte Firmenübernahmen sind hierfür ein gutes Beispiel. Die Grundlagen der Marktwirtschaft zu opfern, wird billigend in Kauf genommen. Dabei zeigt sich immer wieder, dass staatlich verordnete Fusionen zur Ineffizienz führen. Das bedeutet höhere Kosten, die sowohl die Beschäftigten als auch je nach Sachlage die Verbraucher zahlen müssen. Doch häufig erlangen solche Folgen kaum Aufmerksamkeitswert.

Ganz anders sieht es aus, wenn das Ganze von einem ausländischen Investor ausgeht. Dann ist das Geschrei groß. Und die Politik nimmt diese Stimmungen gerne auf. Bislang hatte man es da mit Investoren aus anderen Industrieländern zu tun: Ein ehemaliger Kanzler, seinerzeit niedersächsischer Regierungschef, sah zum Beispiel die Österreicher als Bedrohung für die Salzgitter AG. Die spanische Regierung verhielt sich zeitweise so, als ob EON auf der iberischen Halbinsel das Licht ausschalten wollte.

Eine neue Qualität erhält die Debatte durch die geballte Finanzkraft russischer und chinesischer Staatskonzerne, die jetzt auf Einkaufstour im Westen gehen. Gerade diese beiden Länder sind für manche so etwas wie ökonomische Schurkenstaaten. Der Vorwurf lautet, sie betrieben durch ihre Aufkäufe Machtpolitik mit anderen Mitteln.



Den Chinesen beispielsweise wird von einigen deutschen Maschinenbauern und Automobilzulieferern vorgeworfen, hemmungslos deren Technologie zu klauen. Es gibt Befürchtungen, dass sich staatlich gesteuerte Fonds westliche Unternehmen einverleiben, alles Wissenswerte herausziehen und die wertlosen Hüllen anschließend abstoßen. Oder aber Wissen einkaufen, um es bei einer marktbeherrschenden Stellung zu missbrauchen. Möglich ist das. Wahrscheinlich aber nicht.

Faktum ist: Bislang ist kein deutsches Unternehmen von einem Staatsfonds aus China oder Russland angegriffen worden. Die deutsche Regierung will dennoch gewappnet sein. Das Problem ist hierbei: Wie will der Staat entscheiden, welche Unternehmen für das Wohl des Landes so bedeutsam sind, dass ausländische Staatskonzerne sie nicht übernehmen dürfen? Welche Kriterien leisten das? Wer sind erwünschte, wer unerwünschte Investoren? Gibt es tatsächlich gutes und böses Geld?

Bevor ideologische Wellen überschwappen und die argumentative Vernunft begraben, möchte ich den Staatsfonds erst einmal definieren. Welche Zwecke verfolgt er? Welche Länder haben Staatsfonds? Und schließlich: Um welche Summen und damit staatliche Marktmacht geht es eigentlich?

### *Der Staatsfonds und seine Aufgaben*

Ein Staatsfonds soll eine nationale Infrastruktur gewährleisten, Daseinsvorsorge betreiben oder auch ein dauerhaftes Einkommen für die Bürger sichern (Pensionsfonds). Ein Staatsfonds kann auch strategische Investitionen tätigen, zum Beispiel in Rohstoffvorkommen, in zukunftssträchtige Industriezweige und Technologien fremder Staaten.

Ich weiß nicht, ob der Prototyp des Staatsfonds allgemein bekannt ist: Es ist die heutige British Petroleum – damals Anglo Persian Oil Company –, die gegründet wurde, um durch Erschließung und Ausbeutung der Erdölvorkommen Persiens die Ölversorgung für die britische Flotte zu sichern. Großbritannien übernahm 1914 auf Drängen *Winston Churchills* zu 51 Prozent die Anteile der Firma, die damit praktisch von der Admiralität kontrolliert wurde. Mit den Einnahmen des Investments wurde unter anderem der britische Nachrichtendienst Secret Intelligence Service fi-

nanziert (ob das heute noch der Fall ist, entzieht sich meiner Kenntnis).

Zweck ist also immer, mit einer klar definierten Vermögensmasse eine bestimmte Aufgabe im Dienste und zum Wohle des jeweiligen Staates zu erfüllen. Die weltweit verwaltete Summe beträgt Schätzungen zufolge zwischen 1,9 und 2,9 Billionen US-Dollar. Ökonomen von Morgan Stanley schätzen, die Staatsholdings weltweit könnten 2015 bereits über ein Volumen von 12 Billionen Dollar verfügen. Das entspricht in etwa der Größe der amerikanischen Volkswirtschaft im Jahre 2005.

Aber die Billionensummen täuschen darüber hinweg, dass die Devisenreserven der Schwellenländer nach wie vor – auch angesichts der Erfahrungen während der Asienkrise 1997/98 – überwiegend der Absicherung gegen Währungsrisiken dienen. Die Schwellenländer werden nur einen kleinen Teil für Staatsfonds abzweigen. Morgan Stanley kommt bei einer vorsichtigen Schätzung auf 350 bis 750 Milliarden US-Dollar, die für neue Staatsfonds aus den Schwellenländern mit Zahlungsbilanzüberschüssen (einschließlich Russland) demnächst zur Verfügung stehen könnten. Bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt der G7-Staaten, des für diese Staatsfonds wichtigsten Anlageraums, sind dies aber nur zwischen 1,2 und 1,6 Prozent.

Nimmt man an, dass die Mittel aus diesen Staatsfonds nach Deutschland proportional zum deutschen Anteil am G7-Bruttoinlandsprodukt (8,9 Prozent) fließen, so wäre insgesamt von einem Volumen auszugehen, das bezogen auf den gegenwärtigen Bestand der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland in einer Spannbreite von sechs bis zwölf Prozent läge.

Es handelt sich also um eine durchaus nennenswerte, aber keinesfalls gewaltige Größenordnung. Die Sorgen und Ängste jenseits der Fakten erinnern an die hitzige Diskussion über die Hedgefonds. Während die „Heuschrecken“ aber bisher ohne besondere staatliche Genehmigung einsteigen können, wird für Staatsfonds eine besondere Genehmigung gefordert. Das wird unter anderem damit begründet, dass ihr Engagement nicht den Gesetzen des Kapitalmarktes unterliege. Sie müssen bei ihren Geldgebern nicht ihre Anlageentscheidungen rechtfertigen. So können sie höhere Preise für Unternehmen bieten und Konkurren-

ten ausstechen – ein Phänomen, das die Intervention der Regierung rechtfertige. Ob das stimmt oder nicht – unsere Industrie sieht das mehrheitlich wohl anders. Und das hat historische Gründe.

Daimler etwa hat beste Erfahrungen mit einem ausländischen Investor gemacht, nämlich mit Kuwait, das seit 1974 am Unternehmen beteiligt ist. Ebenso Thyssen Krupp, damals noch als eigenständige Krupp AG, mit dem Iran. Beide Länder agieren als langfristig orientierte Anleger, die sich nicht ins Tagesgeschäft einmischen. Was will ein Vorstand mehr? Auch Chefs anderer Konzerne sind an langfristig orientierten Investoren interessiert. Gemeinsam mit ihnen können sie der Gefahr des Einstiegs eines Hedgefonds oder der feindlichen Übernahme durch einen inländischen oder ausländischen Wettbewerber planvoll entgegenwirken. Viele deutsche Konzerne, unter anderem die Daimler AG, Siemens, SAP, Luft Hansa, haben Ende vergangenen Jahres in Dubai für sich geworben – und damit für ein Engagement der staatlichen Investmentgesellschaft des Emirats bei ihren Unternehmen.

Das wäre wohl kaum der Fall bei realistischen und nicht nur gefühlten Gefahrenszenarien für diese Firmen. Im Gegenteil: Hier zeigt sich eine wohlthuende Offenheit zum Zwecke eines funktionierenden und prosperierenden Marktes. Und – es muss einmal gesagt werden –: An einer generellen Verteufelung Russlands und Chinas hat die deutsche Wirtschaft ebenso wenig ein Interesse. Beide Länder sind wichtige Exportmärkte und überdies attraktive Standorte für Investitionen. Und das häufig schon seit Jahren oder Jahrzehnten, wie etwa das Beispiel des Engagements von VW in China oder der BASF in Russland zeigen.

Obwohl Industrie und Außenhandel zu Recht vor einer Strategie der Abschottung warnen, will die Koalitionsspitze offenbar einen großen Abwehrplan zum Schutz der deutschen Wirtschaft entwickeln. Das Hauptargument hierbei ist, dass viele westliche Länder bereits ein schlagkräftiges Instrumentarium für den Ernstfall hätten. Nun ist das kein besonders überzeugendes Argument: Ich muss meine Wohnung nicht neu streichen, weil mein Nachbar es tut. Reziprozität hat in offenen Märkten nichts zu suchen.

### *Die Regelungen anderer Länder*

Die Überwachung zur Wahrung der nationalen Sicherheit hat in den USA Tradition. Während des Ersten Weltkriegs und danach verabschiedete der Kongress aus dieser Sorge heraus Gesetze, die ausländische Beteiligungen bei zivilen Fluggesellschaften, in der Schifffahrt und bei Radiosendern einschränkten oder ganz untersagten. Eine eigene Behörde, das Komitee für ausländische Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten, wurde 1975 geschaffen mit dem Auftrag, die wirtschaftlichen Folgen ausländischer Direktinvestitionen in den Vereinigten Staaten zu beobachten. Seit 1993 muss das Komitee zwingend alle Transaktionen prüfen, bei denen das ausländische Unternehmen in Staatsbesitz ist oder staatlich kontrolliert wird.

Der Wohlstand der führenden Volkswirtschaft beruht auf Freihandel und offenen Märkten. Mit einem Loch in der Handelsbilanz von mehreren Hundert Milliarden Dollar pro Jahr sind die USA auf ausländische Finanzzuflüsse und Direktinvestitionen angewiesen. Insgesamt haben ausländische Unternehmen im vergangenen Jahr 175 Milliarden Dollar in den USA investiert. Nicht zuletzt deshalb ist das US-Finanzministerium bemüht, dem Eindruck entgegenzuwirken, Amerika sei ausländischen Investoren nicht wohl gesonnen: Nur zehn Prozent der ausländischen Direktinvestitionen wurden durch das Komitee geprüft, und die Mehrheit aller Anfragen ist innerhalb von 30 Tagen bewilligt worden.

Aber in den letzten Jahren scheiterten einige Übernahmen am Widerstand des US-Kongresses. Dubai Ports World wollte das Hafen-Geschäft an mehreren amerikanischen Häfen von einem britischen Unternehmen erwerben. Sicherheitsbedenken stoppten die Übernahme. Mit sicherheitspolitischen Bedenken werden viele protektionistische Wirtschaftsmaßnahmen seit dem 11. September 2001 begründet.

Auch Frankreich kann Unternehmen aus insgesamt elf strategisch wichtigen Branchen gegen eine Übernahme durch ausländische Käufer schützen, so Firmen der Rüstungsindustrie, der Kernenergie und des IT-Bereichs. Spielkasinos gehören hierzu, sie spielen angeblich eine große Rolle bei der Bekämpfung der Geldwäsche. Dieser neue „Wirtschaftspatriotismus“ (*Dominique de Villepin*) will nationale Champions schaffen, zum

Beispiel mit der Fusion von Gaz de France und Suez. Als im Sommer 2005 das Gerücht kursierte, Pepsico wolle den Lebensmittelhersteller Danone übernehmen, stellte sich die französische Regierung schützend vor den heimischen Konzern. Dabei zählt die Ernährungsindustrie nicht unbedingt zu den sensiblen Branchen wie die Rüstungsindustrie. Aber in der französischen Politik spielen Symbole eine entscheidende Rolle – Danone ist ein solches. Joghurt mit Pepsi-Geschmack wäre wohlmöglich das Ende der Grande Nation gewesen. *Nicolas Sarkozy* setzte schon als Wirtschafts- und Finanzminister 2004 alle Hebel in Bewegung, um eine Übernahme des französischen Transport- und Energiegiganten Alstom durch Siemens zu verhindern.

Einen anderen Ansatz hat Großbritannien: Selbst nationale Ikonen wie die Fußballklubs Manchester United, Chelsea oder Manchester City sind längst in russischer, amerikanischer oder asiatischer Hand. Rolls-Royce gehört zu BMW, Bentley zu VW. Briten entscheiden sich meist für den Wettbewerb und gegen die Industriepolitik. Der britische Premierminister *Gordon Brown* hat diese Haltung bestätigt und verkündet, dass man auch gegen chinesische Investoren nichts unternehmen werde. Und bei den Energieversorgern sind ausgerechnet die Franzosen stark im britischen Markt vertreten. Was *Margaret Thatcher* als Regierungschefin begann, setzten alle Nachfolger von *John Major* über *Tony Blair* bis *Gordon Brown* fort: Privatisierung und Verkauf an den Meistbietenden. Spanien hingegen zieht alle Register staatlicher Einflussnahme. Die Regierung wehrt unliebsame Übernahmeversuche sogar in Konfrontation mit den EU-Regeln ab.

In der Volksrepublik China sind Übernahmen chinesischer Unternehmen durch ausländische Investoren grundsätzlich erlaubt, allerdings sind sie vom Handelsministerium zu genehmigen. Ein „Foreign Industrial Guidance Catalogue“ teilt den Zugang zum Industriesektor in unterschiedliche Kategorien von „verboten“ bis „gefördert“ ein. Durch eine Fülle sich oft ändernder Einzelregelungen bleibt der chinesische Markt aber ein schwer durchdringbares Dickicht für ausländische Investoren. In Russland herrscht bei strategischen Industrien, zum Beispiel Energie, oft Willkür, die manchmal nachträglich durch Gesetze legalisiert wird. Von einem liberalen Investitionsklima kann man hier sicher nicht sprechen.

### *Staatsfonds in Deutschland: Keine Einbahnstraße*

Wie ist nun die Lage in unserem Land? Deutschland gehört seit Langem zu den wichtigsten Zielländern für Investitionen aus dem Ausland und zu den größten Herkunftsländern von Investitionen in anderen Ländern. Als Empfänger von Direktinvestitionen stand Deutschland 1997 bis 2006 unter den OECD-Ländern – abgesehen vom Sonderfall Belgien/Luxemburg – insgesamt an vierter Stelle nach den USA, Großbritannien und Frankreich. Als Direktinvestor im Ausland stand Deutschland zugleich an fünfter Stelle.

Nach Bundesbankdaten gab es in Deutschland im Jahr 2005 mehr als 9000 größere Unternehmen, die zu einem wesentlichen Teil ausländischen Eigentümern zuzurechnen waren. In diesen Unternehmen sind über zwei Millionen Arbeitnehmer an deutschen Standorten beschäftigt. Die Zahl der Beschäftigten in Unternehmen mit wesentlicher ausländischer Beteiligung hat sich zudem in den letzten 15 Jahren kontinuierlich erhöht. Fast 6,5 Prozent der abhängig Beschäftigten arbeiten in Deutschland inzwischen in solchen Unternehmen. Damit leisten ausländische Investoren einen spürbaren Beitrag zur inländischen Beschäftigung.

Diese Zahlen zeigen, dass die deutsche Wirtschaft nicht nur in hohem Maße am internationalen Handel partizipiert, sondern auch an den grenzüberschreitenden Direktinvestitionen und dem damit verbundenen unternehmerischen Engagement vor Ort. Umgekehrt gehören Unternehmensbeteiligungen in einer Vielzahl anderer Länder zum Erscheinungsbild vieler erfolgreicher deutscher Unternehmen.

Nicht nur Ökonomen irritiert zu Recht, dass in der politischen Diskussion Ängste vor ausländischem Staatskapitalismus geschürt werden, obwohl allen Akteuren bewusst ist, dass hiesige Unternehmen mit Staatsbeteiligung weltweit Zukäufe tätigen. Firmen reüssieren im Ausland mit dem Kauf von strategischen Anteilen an Firmen in Schlüsselbranchen, wie die Beispiele Telekom, DHL/Deutsche Post AG und Deutsche Bahn AG zeigen.



### *Sinnvolle Regelungen im Dienste des freien Marktes*

Der freie internationale Kapitalverkehr ist das Spiegelbild des freien internationalen Warenverkehrs, von dem gerade Deutschland als Exportweltmeister stark profitiert. Wer diesen Kapitalverkehr ohne Not beschränkt, wird auch den Warenverkehr beeinträchtigen und damit unseren wirtschaftlichen Wohlstand schmälern. Eine entscheidende Kategorie hierbei ist für mich der Wissensbegriff, auf dem die Wirtschaftskraft unseres Landes basiert. Wir sind darauf angewiesen, unseren Platz in den internationalen Wertschöpfungsketten weiter auszubauen, und wir müssen zugleich in das Netzwerk von Wissen eingebunden bleiben, das vor allem durch multinationale Unternehmen gebildet wird.

Ein hoher Anteil des weltweiten Forschungs- und Entwicklungsaufwands und des Wissenstransfers findet innerhalb dieser Unternehmen statt. Die Risiken dieses Wissenstransfers können nicht über die Kontrolle von Beteiligungen ausländischer Staatsfonds angegangen werden, sondern sind Sache der Handelspolitik.

Ich möchte betonen, dass es für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland zunächst unerheblich ist, ob die Anteilseigner der hier tätigen Unternehmen aus dem Inland oder aus dem Ausland kommen. Ich gehe sogar noch weiter und meine, dass jede Art von Beteiligungskapital – gleichgültig ob aus privater oder staatlicher Quelle – willkommen sein sollte, solange das Engagement vom Streben nach einer möglichst hohen am Markt erzielbaren Rendite gelenkt ist und sich die ausländischen Financiers an deutsches Recht und Gesetz halten.

Zugleich bin ich dafür, auf allen Ebenen Hemmnisse abzubauen, die Investitionen deutscher Unternehmen in anderen Ländern behindern. Es wäre in meinen Augen falsch und schädlich für die deutsche Wirtschaft, sich an investitionspolitischen Regeln und Praktiken, wie sie in manchen Schwellenländern herrschen, bei der Ausgestaltung der deutschen und der EU-Politik im Hinblick auf ausländische Direkt- und Portfolioinvestitionen zu orientieren.

Auch die Orientierung an Restriktionen westlicher Länder, wie ich sie bereits dargelegt habe,

lehne ich ab. Wir können nur glaubwürdig Offenheit von anderen fordern, wenn unsere Kapitalmärkte offen bleiben. Bei zusätzlichen Maßnahmen zur Beschränkung ausländischer Direktinvestitionen in Deutschland kann es zudem leicht zu Gegenreaktionen anderer Länder kommen. Darunter würde gerade die deutsche Wirtschaft leiden, die deutlich mehr Direktinvestitionen im Ausland getätigt hat als umgekehrt. Durch die Globalisierung sind in einigen Ländern große staatliche Vermögen entstanden, die nach einer Anlage suchen und sich dabei nicht mehr nur auf festverzinsliche Wertpapiere beschränken. Wir müssen uns als eine der führenden Volkswirtschaften der Welt auf zunehmende Investitionen solcher ausländischer Staatsfonds einstellen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass solche Investoren auch politische Ziele verfolgen können, zumal wenn sie aus Ländern kommen, in denen demokratische und marktwirtschaftliche Traditionen nicht oder nur schwach verankert sind, wie zum Beispiel in Russland und in China. Was hier hilft, ist nicht die Restriktion, sondern die Konkurrenz auf dem freien Markt. Wenn in einer Branche intensiver Wettbewerb herrscht, wird es schwierig sein, politische Ziele durchzusetzen, weil die Kunden jederzeit zur Konkurrenz abwandern können. Politische Ziele lassen sich dort einfacher durchsetzen, wo es monopolähnliche Strukturen gibt und die Nachfrage kaum auf Preisänderungen reagieren kann. Wettbewerb und offene Märkte sind deshalb eine erste Hürde gegen politischen Einfluss. Konkurrenz hält die Macht der Anbieter in Schach.

Aber ganz ohne Regelung geht es nicht, denn politisch motivierte Unternehmensbeteiligungen können unabhängig von Marktmacht zu Gefährdungslagen führen, zum Beispiel dann, wenn nationale Sicherheitsinteressen berührt werden. Deshalb wurde bereits in das Außenwirtschaftsrecht eine Regelung aufgenommen, die den Erwerb deutscher Rüstungsunternehmen einer Melde- und Genehmigungspflicht unterwirft. Ein Beispiel ist der Luftfahrtkonzern EADS: *Wladimir Putin* möchte den Anteil von fünf Prozent, den eine russische Staatsbank hält, gerne erhöhen – Bundeskanzlerin *Merkel* wies den Vorstoß zurück. Die Erfahrungen der jüngeren Zeit zeigen jedoch, dass nationale Sicherheitsinteressen auch im Bereich der Infrastruktur betroffen sein können, zum Beispiel bei der Energieversorgung.

Sollen wir jetzt nach französischem Vorbild sensible Sektoren gesetzlich definieren? Bundeswirtschaftsminister *Michael Glos* hatte zunächst eine Meldepflicht für Firmen bestimmter Branchen mit mehr als 500 Millionen Euro Jahresumsatz und ausländischen Beteiligungen von mehr als 25 Prozent ins Gespräch gebracht. Ich bin erleichtert, dass er diesen Vorschlag in letzter Zeit nicht mehr wiederholt hat.

Nationale Sicherheitsinteressen lassen sich nicht auf bestimmte Sektoren begrenzen, die Bedeutung einzelner Industrien für die nationale Sicherheit kann sich im Zeitablauf ändern. Ebenso wenig halte ich davon, mit dem Finger auf bestimmte Länder zu zeigen. Wir sollten uns davor hüten, eine „Achse böser Investoren“ unter Generalverdacht zu stellen. Es kann nur um Einzelfälle gehen, für die die Politik Sicherungsmaßnahmen beziehungsweise Eingriffsmöglichkeiten vorhalten muss. Mir wären Regelungen am liebsten, die aufgrund ihrer Signalwirkung bereits die Chance in sich tragen, nie tatsächlich angewendet werden zu müssen. In jedem Fall sollten die Hürden hoch gesetzt sein, um protektionistisch motivierte Staatsinterventionen zu verhindern.

Ich weiß aus meiner Zeit als Wirtschaftsminister: Tatsächlich haben auch bisher schon staatliche Investoren bei einem größeren Engagement das Einvernehmen mit der Regierung des Gastlandes gesucht und nur investiert, wenn dieses hergestellt war – auch ohne besonderes Gesetz und ohne formale Einzelprüfung. Es wäre gut, wenn wir auf EU-Ebene eine Plattform für einen neuen gemeinsamen Ansatz schaffen könnten. Ich begrüße deshalb, dass sich auch die Europäische Kommission der Thematik annehmen und hierzu Vorschläge unterbreiten will.

Im nationalen Rahmen wäre aus meiner Sicht die bestehende Regelung zum Erwerb deutscher Rüstungsunternehmen ein geeigneter Ausgangspunkt. Flankierend hierzu könnte man unter dem Dach der OECD „best practices“ für ausländische Staatsfonds festlegen, deren Einhaltung automatisch dazu führt, dass ein solcher Investor keinem Prüfvorbehalt unterliegt. Der etablierte Staatsfonds Norwegens (Government Pension Fund – Global) mit seinen umfassenden Transparenzregeln könnte hier als ein geeigneter Referenzpunkt dienen. Auch der IWF könnte mit seiner Expertise und seinen Datenbanken helfen, mehr Transpa-

renz im Hinblick auf das Volumen und die Anlagepolitik von Staatsfonds zu schaffen.

Schließlich ist es gerade in diesem Zusammenhang zu begrüßen, dass die G8 in Heiligendamm zusammen mit Brasilien, Indien, Mexiko, Südafrika und China entschieden haben, auf der Plattform der OECD über Fragen der Förderung von besseren Bedingungen für Auslandsinvestitionen nachzudenken und über gemeinsame Grundprinzipien für Investitionen zu sprechen.

Gleichzeitig sollte der Dialog über Staatsfonds und „best practice“-Regeln über die G7-/G8-Runde hinaus mit allen großen Investoren geführt werden. Länder wie China, Korea, Kuwait, Norwegen, Russland, Saudi-Arabien, Singapur und die Vereinigten Arabischen Emirate sind als ständige Gesprächspartner einzubinden. Es geht darum, Transparenzregeln, Rechtssicherheit und Offenheit im ständigen Austausch als Maßstab für die Investitionspolitik in Industrie- und Schwellenländern zu stärken. Mittel nationaler Politik sollten Kontrollmöglichkeiten in besonders gelagerten Einzelfällen sein. Aber Deutschland muss dabei ein offenes Land bleiben.

Zum Schluss sei mir noch einmal ein Hinweis auf *Ludwig Erhard* erlaubt, an den man gerade bei diesem Thema gar nicht oft genug erinnern kann. Zentrale Gleichung seiner Politik war, dass das Maß der wirtschaftlichen und bürgerlichen Freiheit untrennbar verknüpft ist mit dem Maß an wirtschaftlichem Wohlstand, der immer auch die jetzt wieder diskutierte soziale Komponente einschloss. Dem ist nur durch entschlossenes Festhalten am freien und offenen Markt zu begegnen.

Selbstverständlich gibt es nationale Interessen in Zeiten des globalen Marktes. Die kann und soll eine Regierung wahren, wenn es sein muss, auch durch neue Regelwerke. Die Verwirklichung der *Erhard'schen* Forderung des „Wohlstands für alle“ ist aber mit Abschottung nicht umzusetzen. Das war die Lehre *Erhards* und anderer aus der Weltwirtschaftskrise. Und das gilt auch heute noch. Die Welt braucht die Stimmen, die sich für Offenheit, Austausch, Freiheit und Wettbewerb einsetzen, immer wieder. Die Ängste vor dem Verlust der nationalen Selbstbestimmung in der Politik gebären Ungeheuer. Und die Herrschaft der Ängste ist der Abgesang auf vernünftiges politisches Handeln. ■